

Niederschrift der 17. Ratssitzung vom 10.03.2011

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

Tag: 10.03.2011

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
32 Stadträte

Herr Thomas Peckruhn	CDU
Frau Monika Rauhut	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Herr Peter Dietrich	DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.
Herr Axel Sell	DIE LINKE.
Frau Iris Töpsch	DIE LINKE.

Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Andreas Herold	BOS
Herr Peter Matthes	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Katrin Scheffel	BOS
Herr Jürgen Telle	BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS

Herr Mike Bösel	B.I.S.
Frau Gesine Liesong	B.I.S.
Frau Käthe Olschak	B.I.S.
Herr Klaus Peche	B.I.S.
Herr Lothar Wolfram	B.I.S.

Frau Christine Block	SPD
Frau Nadine Hampel	SPD
Herr Arndt Kemesies	SPD

Herr Helmut Qual	F.D.P.
------------------	--------

entschuldigt fehlten:	Herr Dr. Dankward Vollmer	CDU
	Herr Helmut Schmidt	BOS
	Herr Heiko Brunthaler	NPD

verspätet erschienen:	Herr Dieter Klein	CDU	16:05 Uhr
	Herr Raik Polster	B.I.S.	16:08 Uhr
	Herr Udo Halle	CDU	16:12 Uhr
	Herr Udo Schwarz	F.D.P.	17:20 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Frau Katrin Scheffel	BOS	18:25 Uhr
	Herr Raik Polster	B.I.S.	19:44 Uhr
	Frau Christine Block	SPD	19:55 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Peter Bloßfeld		
	Herr Michael Dietrich		
	Herr Manfred Hartmann		
	Herr Benjamin Heß		
	Herr Ditrich Holzapfel		
	Herr André Röthel		
	Herr Maik Rüdiger		
	Herr Lothar Sanftleben		
	Herr Ringo Siebert		
	Frau Ilka Stutika		
	Herr Harald Weiß		
Ortsbürgermeister:	Herr Uwe Hummitzsch	OT Breitenbach	
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
	Herr Lutz Thiele	OT Wettelrode	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen	
	Herr Torsten Schweiger	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Frau Katharina Bonk	Leiterin Rechnungsprüfungsamt	
	Herr Daniel Stollberg	Büroleiter des Oberbürgermeisters	
	Frau Sibylle Lucas	Referentin Kulturelle Bildung, Demografische Entwicklung und Bürgerliches Engagement	
	Frau Brigitte Franke	Referentin Wirtschaftsförderung	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
	Frau Karin Schiller	Ratsbüro	
	Frau Simone Jung	Ratsbüro	
Tagungsleitung:	Herr Jürgen Telle	2. Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden	

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 03.02.2011**
4. **Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach § 46 (1) GO LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates**
5. **Bericht des Oberbürgermeisters**
6. **Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
7. **Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
- 7.1 **Berufung eines Ortswehrleiters und stellvertretenden Ortswehrleiters innerhalb der freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen (Ortsfeuerwehr Wippa) in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit**

- 7.2 Abberufung des stellvertretenden Stadtwehrlleiters der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen
- 7.3 2. Lesung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2011 der Stadt Sangerhausen
- 7.4 2. Lesung und Beschlussfassung der 1. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2017
- 7.5 Beschluss zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (Doppik) in der Stadt Sangerhausen zum 01.01.2013
- 7.6 Verlängerung der örtlichen Bauvorschrift über die besonderen Anforderungen an die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen in der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen (Gestaltungssatzung) - 2. Lesung und Beschlussfassung
- 7.7 Beschluss zur Aufstellung einer Werbeanlagensatzung für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet "Kernstadt Sangerhausen"
- 7.8 Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Industriepark Südharz - 1. Bauabschnitt" der Stadt Sangerhausen
- 7.9 2. Lesung und Beschlussfassung - Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Sangerhausen gemäß § 170 Abs. 3 GO LSA für das Haushaltsjahr 2008
- 7.10 Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF - Vergabeordnung - 1. Lesung
- 7.11 Änderung/Ausnahmeregelung zur Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung- befristet bis zum 31.12.2011 - 1. Lesung
- 7.12 Neugründung der Sangerhäuser Erneuerbare Energie Service Gesellschaft mbH - SEES
- 7.13 Entwicklung des Gebäudes der ehemaligen Feuerwehr im Ortsteil Breitenbach zu einer Kommunikations- und Begegnungsstätte
- 7.14 Grundsatzbeschluss zur Unterstützung der Errichtung einer Biogasanlage im Ortsteil Breitenbach
- 7.15 Änderung der Satzung über die Gebühren zur Benutzung der kommunalen Bäder
- 7.16 Partnerschaftliche Beziehungen nach Chelmza/ Polen
- 8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
- 8.1 Aufnahme eines Kommunaldarlehens
- 9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 9.1 Neuabschluss Stromkonzessionsvertrag - 2. Lesung und Beschlussfassung
- 9.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Versammlung des AZV und TZV Südharz
- 10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Schweigeminute für den langjährigen Stadtrat, Herrn Frank Radschunat, der im Alter von 52 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Herr Telle informiert, dass der Oberbürgermeister Herr Poschmann mit der Familie Radschunat abgestimmt hat, dass in der nächsten Woche, im Beratungsraum des Oberbürgermeisters im Rathaus der Stadt ein Kondolenzbuch ausliegt. Vorgesehen ist dies von Mittwoch bis Freitag in der Zeit von 9:00 bis 15:00 Uhr.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der 2. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Jürgen Telle eröffnet die 17. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 32 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 8.1 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 9. - 9.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt folgendes vor.

TOP 4. *Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach § 46 (1) GO LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates* wird ergänzt, um die Abberufung von 2 sachkundigen Einwohnern.

TOP 7.5 *Beschluss zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (Doppik) in der Stadt Sangerhausen zum 01.01.2013* wird als Beschlussvorlage zurückgezogen und als Informationsvorlage unter TOP 8.2 von der Verwaltung eingebracht.

TOP 7.13 *Entwicklung des Gebäudes der ehemaligen Feuerwehr im Ortsteil Breitenbach zu einer Kommunikations- und Begegnungsstätte* wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Nachfolgende TOP verschieben sich entsprechend.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 03.02.2011

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

16:03 Uhr
Herr Skrypek geht = 32

4. Abberufung, Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner nach § 46 (1) GO LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

Abberufung sachkundiger Einwohner

Herr Sascha Rexrodt legt wegen Wohnortwechsel die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundiger Einwohner nieder. Herr Rexrodt war im Sozialausschuss tätig.

Abstimmung über die Abberufung

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

16:05 Uhr
Herr Klein kommt = 33

Herr Henry Stutika legt aus beruflichen Gründen die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundiger Einwohner nieder.
Herr Stutika war im Wirtschafts- und Umweltausschuss tätig.

Abstimmung über die Abberufung

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

16:08 Uhr
Herr Skrypek und
Herr Polster kommen = 35

Berufung einer sachkundigen Einwohnerin

Nach § 48 (2) i.V.m. § 46 (1) GO LSA schlägt die CDU-Fraktion vor, Frau Ilka Stutika, wohnhaft in Sangerhausen, OT Oberröblingen, Brandweg 13, als sachkundige Einwohnerin in den Wirtschafts- und Umweltausschuss zu berufen.

Abstimmung über die Berufung

Ja-Stimmen = 35
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Verpflichtung berufener sachkundiger Einwohner

Herr Telle bittet die berufenen sachkundigen Einwohner Frau Ilka Stutika und Herrn Benjamin Heß nach vorn und nimmt die Verpflichtung vor.

Verpflichtungstext:

„Entsprechend der §§ 30 und 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt verpflichte ich Sie, alle ehrenamtlichen Rechte und Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.

Gemäß § 32 GO LSA sind die Mandatsträger auf die ihnen nach den §§ 30 und 31 obliegenden Pflichten hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest:

Die heute anwesenden sachkundigen Einwohner sind schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und haben ihre Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert.

Diese Erklärungen liegen vor.

Damit ist die Verpflichtung der sachkundigen Einwohner gemäß § 32 GO LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

5. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt.

16:12 Uhr
Herr Halle kommt = 36

6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Dietrich, Fraktion DIE LINKE.

Herr Dietrich vermisst im Bericht des Oberbürgermeisters Ausführungen über die Demonstration gegen Rechts, die am Samstag in der Stadt Sangerhausen stattfand. Er und viele andere kritisierten, dass der Oberbürgermeister nicht anwesend war.

Anfrage der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong hat ebenfalls eine Frage, die Demonstration betreffend. Sie kritisiert vor allem die mangelnde Vorbereitung. Nur durch Zufall wurde erfahren, dass diese Veranstaltung an der Walkmühle geplant war. Auf eine Anfrage im Sozialausschuss wurde von Herrn Michael geäußert, dass der Oberbürgermeister Bescheid wüsste und das Bündnis informiert hat. Sie fragt sich, welches Bündnis gemeint war. In der Zeitung ist von einem "Bündnis für Sangerhausen" die Rede. Ein "Bündnis für Sangerhausen" hat es politisch in der letzten Legislaturperiode gegeben. Das andere "Bündnis für Sangerhausen" funktioniert offensichtlich nicht, wenn es solche Lücken in der Information gibt. Persönlich erwartet sie keine Rechtfertigung für die Nichtteilnahme des Oberbürgermeisters. Sie kann es allerdings nicht hinnehmen, dass eine solche Veranstaltung stattfindet und die Stadträte erfahren nur per Zufall davon und haben keine Möglichkeit sich in irgendeiner Weise darzustellen. Es geht darum, zu zeigen, dass rechte Gesinnung in Sangerhausen nicht erwünscht ist. Wenn man um die Möglichkeit gebracht wird, kann man es nicht zeigen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat dem nichts zuzusetzen. Zu dem, was in der Zeitung stand, steht er auch heute noch. Die Demonstration ist nicht von dem Bündnis "Sangerhausen bleibt bunt" angemeldet worden, sondern von einem Veranstalter aus Halle. Das Bündnis hat möglicherweise nicht so funktioniert, wie man sich das vorgestellt hat. Es wurde versucht, eine Abstimmung zu machen. Es gab mehrheitlich die Auffassung, sich an dieser Aktion nicht zu beteiligen. In Zukunft ist es ratsam, sich Gedanken darüber zu machen, im Vorfeld mit einer Gegendemonstrationsanmeldung selber aktiv zu werden.

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel möchte wissen, seit wann die Stadt Kenntnis davon hat. In Zukunft muss anders damit umgegangen werden, sodass im Vorfeld solche Demonstrationen gegen Rechts von Sangerhausen selbst organisiert werden. Es gibt laut Aussage des Bündnisses "Sangerhausen bleibt bunt", verschiedene Organisationen in Sangerhausen, die sich absprechen müssten. Es geht um keine Schuldzuweisung, sondern darum, dass man es künftig nicht dazu kommen lässt, dass Sangerhausen eine Art rechte Hochburg wird und zweimal im Jahr solche Feste stattfinden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat seine eigene politische Meinung sachlich geäußert. Er hat außerdem festgestellt, dass man in Zukunft anders damit umgehen muss. Als klar war, dass die Veranstaltung wirklich stattfindet, wurde Kontakt aufgenommen. Währenddessen wurde bekannt, dass eine Gegendemonstration angemeldet wurde. Künftig müssen andere Spielregeln aufgestellt werden. Das fängt damit an, dass die Struktur des Bündnisses genauer definiert werden muss.

Anfrage der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong hat eine Frage zur Baumfällung an der Gonna, am Mühlendamm. Der vorherige Sachverständige hätte sicher gesagt, dass einige Bäume stehen bleiben können. Wenn man sich die intakten Baumscheiben ansieht, kommt man zu dem Schluss, dass ein solcher Kahlschlag nicht notwendig war. Es ist auch lobenswert, dass Bäume am Agrarmarkt gepflanzt werden. Die zahlreichen Baumfällaktionen, die in letzter Zeit stattfanden, werfen die Frage auf, ob der Haushalt durch Holzverkauf saniert werden soll. An der Gonna sind 8 Bäume gefallen und in der Ewald-Gnau-Straße eine 100-jährige Eibe. Eiben stehen laut Baumschutzsatzung nicht mehr unter Schutz. Es stellt sich die Frage, ob die Satzung nicht geändert werden sollte. Ein weiterer Kahlschlag ist an der Bahnstrecke Sangerhausen in Richtung Riestedt vorgenommen worden. Dort sind sämtliche Pappeln weg, die auch nicht durch die Baumschutzsatzung geschützt sind. Das muss noch lange nicht heißen, dass ein Kahlschlag erfolgen kann. Am Engelsburger Bach sind 27 Eschen (Alter 50 bis 100 Jahre), 9 Weiden (Alter 50 bis 80 Jahre) und ca. weitere 30 Bäume und Sträucher gefällt worden. Makaber an dieser Aktion ist, dass in der Nähe dieses Biotopes ein Schild mit der Aufschrift steht „Fließgewässer sind Lebensadern der Landschaft“. Wahrscheinlich nur Fließgewässer ohne Bäume. Sie erwartet in der nächsten Ratssitzung eine Aussage dazu, wie mit unseren Bäumen in der Zukunft umgegangen wird.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann schlägt vor, dass darauf schriftlich reagiert wird. Man muss Unterschiede zwischen Stadtgebiet und Landschaft (Wald) machen. Die Baumschutzsatzung wurde lange diskutiert. Er weist darauf hin, dass, wenn es um Bäume in der Stadt, im öffentlichen Verkehrsraum geht, die Verkehrssicherungspflicht im Vordergrund steht.

Ein großes Problem steht diesbezüglich demnächst auf den Friedhöfen an. Die Berufsgenossenschaft hat deutlich darauf hingewiesen, dass sehr viel Totholz zu beseitigen ist.

Anfrage des Stadtrates Herrn Kemesies, SPD-Fraktion

Herr Kemesies hat den Ausführungen von Herrn Poschmann zur Demonstration entnommen, dass es einen Beschluss gab, nicht an der Veranstaltung teilzunehmen und möchte wissen, wer das beschlossen hat.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass im Bündnis abgestimmt wurde. Das heißt nicht, dass ein formeller Beschluss gefasst wurde. Es gibt keine festen Organisationsstrukturen.

KASSETTENWECHSEL

Anfrage des Stadtrates Herrn Sell, Fraktion DIE LINKE.

Herr Sell hat 2 Fragen. 1. In seinen Ausführungen hat Herr Poschmann von 13 Ortsfeuerwehren gesprochen. Breitenbach hat keine Feuerwehr mehr und die Ortsfeuerwehren von Horla und Rotha haben sich zusammengeschlossen. 2. Am Kaltenborner Weg 5 (am Bahnhof) befindet sich ein kleiner Parkplatz mit 6 oder 8 Stellflächen. Die Grünfläche links und rechts davon ist vollkommen zerfahren, weil Fahrzeuge darauf parken. Die Stadt kommt deswegen ihrer Reinigungspflicht nicht nach, sodass die Anwohner Ordnung schaffen müssen.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann darauf spontan nicht antworten.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel fragt, von welchem Bündnis Herr Poschmann spricht.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann meint das Bündnis "Sangerhausen bleibt bunt".

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel kann nicht verstehen, dass das Bündnis "Sangerhausen bleibt bunt" abgelehnt hat, denn am Montag wurde es in einer Veranstaltung anders von dem Bündnis dargestellt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann begründet, dass die Abstimmung telefonisch verlaufen ist und nicht alle dabei waren.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche wendet sich an Herrn Hüttel und betont, dass Sangerhausen nicht die Stadt ist, in der die Rechten und die Nazis in Größenordnung vorhanden sind. Stadtverwaltung und Stadträte können nichts dafür, dass solche Veranstaltungen durchgeführt werden. Die Angelegenheit sollte nicht so hoch gespielt und in den Vordergrund gerückt werden. Es sollte gemeinsam etwas dagegen unternommen werden. Auch für das Erscheinungsbild von Sangerhausen sollte etwas getan werden. Die ZEIT ONLINE vom 03.03.2011 hat wieder einen Bericht über Sangerhausen veröffentlicht, in dem die Stadt verunglimpft wurde. Es geht um Abwanderung, Arbeitslosigkeit und schlechte Qualifikation. „Gegen Sangerhausen spricht eigentlich alles, außer dass mancher dort vom Aufschwung träumt.“ Gemeint ist damit der Oberbürgermeister, der vor allem über den Industriepark berichtet hat. Er ruft dazu auf, dass die Fraktionen gemeinsam ein Schriftstück verfassen und dem Redakteur zuschicken. Es sollte klargestellt werden, wie es in Sangerhausen wirklich ist. Es kann nicht sein, dass die Stadt als Hauptstadt der Arbeitslosigkeit bezeichnet wird. Natürlich ist nicht alles positiv, wie auch heute die MZ berichtet hat. Es ist erforderlich, nach der Einführung der neuen Müllsatzung, dass auf den Müllplätzen und vor allem bei den Papierabfällen, in kürzester Zeit etwas unternommen wird, sodass das Erscheinungsbild, hauptsächlich in den Neubausiedlungen nicht zu negativ ist. Es gibt viele Kritiken aus der Kernstadt und aus den Ortschaften, sodass die B.I.S.-Fraktion vorschlägt, direkt über den Oberbürgermeister ein Konsortium zu bilden, mit dem Kreis und der Abfallwirtschaft zusammen, um die Missstände zu benennen. Es muss kurzfristig Verbesserungen geben. Auch an die Bevölkerung muss ein Aufruf

erfolgen. Nicht alles ist auf die Müllentsorgungsfirmen zu schieben. Alle Bürger haben eine Pflicht, die Plätze sauber zu halten. Die B.I.S.-Fraktion beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Fraktion, eine Beschlussvorlage für die Wiedereinführung des früheren Kfz.-Kennzeichens SGH zu erarbeiten. Es muss erörtert werden, ob sich die Stadt der Initiative anschließen kann, ob das zusätzlich Geld kostet und welche Möglichkeiten bestehen. Aschersleben ist bereits beigetreten.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erinnert, dass zum Kennzeichen SGH eine Untersuchung stattfand. Das Ergebnis wurde dem Stadtrat mitgeteilt. Der damalige Eindruck war, dass die Sache nicht weiter verfolgt werden sollte. Sicher war die Fusion der Landkreise ursächlich. Tourismus definiert sich wesentlich nach Städten und Regionen, aber nicht nach Landkreisen. Die Anregung nimmt er gern auf. Der Redakteur der ZEIT ONLINE war anderthalb Stunden bei ihm. Aus einer netten Unterhaltung folgte dieses Ergebnis. Der ONLINE-Artikel kann übrigens kommentiert werden. Es gibt bereits böse Kommentare dazu. Herr Poschmann wurde nicht nur falsch zitiert, sondern sein Beitrag wurde aus dem Sinnzusammenhang gerissen. Die Stadt hat in Bezug auf die Müllentsorgung bereits mehrfach reagiert. Es wurde ein Schreiben an den Landkreis geschickt. Die Stadt ist mit dem Landkreis im vernünftigen Miteinander im Gespräch und auf der Suche nach Lösungen. Auch die Wohnungsgesellschaften haben noch Probleme, das eine oder andere an den Standorten umzusetzen. Die Umstellung ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Sorge, dass sich die Situation verschärft, ist nicht unbegründet. In den nächsten Wochen muss eine deutliche Verbesserung erreicht werden.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn von Dehn-Rotfelser, BOS-Fraktion

Herr von Dehn-Rotfelser kommt noch einmal auf das Kfz-Kennzeichen SGH zurück. Er weiß, dass es zur Zeit wichtigere Themen im Stadtrat gibt, aber er macht darauf aufmerksam, dass sich die Verkehrsminister der Länder mit diesem Thema im April bundesweit befassen. Solange die Stadt dieser Aktion nicht beiträgt, wird sie in Zukunft auch keine Chance haben. Es ist für die Verwaltung im Moment ein Leichtes, sich an die Kreisverwaltung, an das Landesverwaltungsamt und an das Verkehrsministerium zu wenden und zu bekunden, dass Wert darauf gelegt wird, dass der Name weitergeführt wird. Es ist keine Neueinführung, die in Flensburg beantragt werden muss, sondern es ist eine Weiterführung eines im Moment vorhandenen Kennzeichens, das bei Bestandsfahrzeugen sowieso erhalten bleibt. Es entstehen weder für die Stadt, noch für den Kreis zusätzliche Kosten. Der Bürger, der von MSH zu SGH wechseln will, ist auch gern bereit die 20 oder 30 Euro auszugeben. Er würde es sofort tun und bittet darum, dass im Ergebnis der heutigen Sitzung, die Verwaltung einen gleichlautenden Brief an die 3 genannten Institutionen schreibt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann glaubt nicht an ein Zeitproblem. Er hat seine Stellung dazu bereits abgegeben und sagt eine Vorbereitung zu.

Anfrage des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche kann die Aussagen von Herrn von Dehn-Rotfelser nachvollziehen. Aber um den politischen Willen zu bekunden und um die Mehrheitsverhältnisse zu sehen, besteht die B.I.S.-Fraktion darauf, eine Ratsvorlage für die nächste Ratssitzung zu erarbeiten. Des Weiteren fragt er, wie es 2011 mit der Grundschule in Obersdorf weitergeht. Was kann der Öffentlichkeit, der Lehrerschaft, den Eltern und Kindern, die die Schule besuchen und auch dorthin wechseln möchten, gesagt werden?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erinnert daran, dass er zweimal Widerspruch eingelegt hat. Der Landkreis hat daraufhin eine Anhörung geschickt und fordert noch einmal zur Stellungnahme auf, um im Endeffekt zu erreichen, dass der Stadtrat abschließend noch einmal darüber entscheidet. Dieser Weg wird von der Verwaltung als falsch eingestuft. Die Entscheidung ist jetzt, im Widerspruchsverfahren, Aufgabe des Landkreises. Die Stadt hat den Landkreis daraufhin aufgefordert, erst einmal auf das Schreiben, in dem eine Ausnahmegenehmigung beantragt wurde, zu reagieren.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael spricht von nichtdienstlichen Wegen, die gegangen wurden, um den Informationsbedarf, vor allem der Eltern zu decken, d.h., um das Ergebnis des Antrages auf Ausnahmegenehmigung schneller zu erfahren. Der dienstliche Weg sagt, dass der Antrag bis Mitte oder sogar Ende April nicht beschieden sein wird. Das war die

letzte Information aus dem Landesverwaltungsamt. Er geht weiter davon aus, dass die Fortführung des Bestandes der Grundschule bewilligt wird, aber die Bestätigung von offizieller Seite fehlt noch.

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

Herr Telle schlägt vor, den TOP 7.2 vorzuziehen, da die beiden Kameraden noch nicht anwesend sind.

Von den Stadträten gibt es keine Einwände.

7.2 Abberufung des stellvertretenden Stadtwehrlleiters der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt der vorzeitigen Abberufung auf eigenen Antrag des stellvertretenden Stadtwehrlleiters, Herrn Uwe Jänisch, zum 31.03.2011 zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	36
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-17/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.1 Berufung eines Ortswehrlleiters und stellvertretenden Ortswehrlleiters innerhalb der freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen (Ortsfeuerwehr Wippra) in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Der Ortschaftsrat Wippra stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, dass mit Wirkung vom 10.03.2011 für den Zeitraum von 6 Jahren die Personen,

<i>Name</i>	<i>Mitglied der Feuerwehr</i>	<i>Ernennung als</i>
<i>Herr Kalina, Arno</i>	<i>Wippra</i>	<i>Wehrleiter</i>
<i>Herr Herold, Falk</i>	<i>Wippra</i>	<i>stellv. Wehrleiter</i>

in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit berufen werden.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 36
 Nein-Stimmen = 0
 Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-17/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

Herr Poschmann beruft den Wehrleiter und den stellvertretenden Wehrleiter in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit, nachdem sie nacheinander den Amtseid gesprochen haben und händigt die Urkunden aus. Herr Telle und Herr Michael schließen sich den Glückwünschen an.

16:58 Uhr -Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Bürgers Herrn Lothar Müller, Sangerhausen, Rudolf-Breitscheid-Str. 2

Herr Müller ist Bewohner und Eigentümer des Grundstückes Rudolf-Breitscheid-Straße 2, welches nur über die Straße An der Rosenmühle erreichbar ist. Vor nicht langer Zeit hat er 39 Briefe abgegeben, in der Hoffnung, dass sie an jedes Ratsmitglied persönlich adressiert und verteilt werden. Leider gab es kaum Resonanz darauf. Deswegen möchte er heute noch einmal das Wort ergreifen und zu seinem Problem sprechen. Unverschuldeterweise ist er in Abhängigkeit des jetzigen Besitzers der Straße An der Rosenmühle geraten, um auf sein Grundstück zu gelangen. Das wurde datailliert in seinem Brief dargelegt. In der letzten Stadtratssitzung wurde über das Problem abgestimmt. Er war davon ausgegangen, dass die Straße in das Eigentum der Stadt zurückgeführt und öffentlich gewidmet wird. Wie er gehört hat, waren alle Stimmen, die abgegeben wurden, gegen diesen Rückkauf. Der Geldbetrag (16 T€), der dafür zu zahlen gewesen wäre, ist seines Erachtens relativ gering, wenn man dagegen betrachtet, dass er in den letzten Jahren, damit er auf sein Grundstück fahren darf, unverschuldeterweise mittlerweile 15 T€ bezahlt hat. Das wird mit jedem Tag mehr und der Schaden wird somit von Tag zu Tag höher. Er findet, dass die Stadt als eigentlicher Verursacher der Sache, nämlich dem Verkauf der Straße, ohne die Sicherung seines Überfahrtsrechtes, daran Schuld ist bzw. eine Abhilfe schaffen muss. Wie sieht es damit aus? Da er jeden Einzelnen angeschrieben hat, möchte er auch, dass er kontaktiert wird, um Unklarheiten zu beseitigen und weitere Informationen zu erteilen. Er ist gern zu persönlichen Gesprächen bereit und möchte wissen, wie es weiter geht.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann nicht auf die Frage antworten, wie es weiter geht. Der Vorschlag der Verwaltung hat im Stadtrat keine Mehrheit gefunden. Er möchte folgendes korrigieren. Es war keine Straße, sondern eine Grundstückszufahrt, die dort vorgefunden wurde. Sie hat keine Widmung erfahren. Unterschiedliche Rechtsauffassungen spielen sicher auch noch eine Rolle. Im normalen Verfahren wird es nicht zu regeln sein. Die Beweggründe der einzelnen Fraktionen oder Stadträte waren sicher sehr unterschiedlich. Die Frage richtet sich sowohl an die Verwaltung, als auch an den Stadtrat. Er hat jetzt für die Verwaltung geantwortet.

Nachfrage des Bürgers Herrn Lothar Müller, Sangerhausen, Rudolf-Breitscheid-Str. 2

Herr Müller fragt, ob es gerecht ist, dass er als Nutzer dieser Straße monatlich Geld bezahlen muss und eventuell gar nicht mehr darüber fahren darf. Letztendlich besteht doch die Möglichkeit seitens der Stadt, diese Sache zu korrigieren und ihm und seinen Mietern die Möglichkeit einer garantierten Überfahrt zu seinem Grundstück zu schaffen. Man kann einem Bürger nicht einfach die Straße wegnehmen und ihn somit in seinen persönlichen Rechten beschneiden.

KASSETTENWECHSEL

Die eindeutige Ablehnung ist für ihn nicht nachvollziehbar. Es muss ein Informationsdefizit bestanden haben.

Wortmeldung des amtierenden Vorsitzenden Herrn Telle

Herr Telle weist darauf hin, dass Herr Poschmann geantwortet hat und das Problem auf einer anderen Ebene geklärt werden muss. Im Moment kann keine Lösung angeboten werden.

Nachfrage des Bürgers Herrn Lothar Müller, Sangerhausen, Rudolf-Breitscheid-Str. 2

Herr Müller fragt, auf welcher Ebene das geklärt werden soll.

Antwort des amtierenden Vorsitzenden Herrn Telle

Herr Telle erklärt, dass es auf privatrechtlicher Ebene erfolgen muss. Die Stadt ist nicht Eigentümer der Straße.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Lothar Müller, Sangerhausen, Rudolf-Breitscheid-Str. 2

Herr Müller ist der Auffassung, dass er niemanden verklagen kann, der ihm seinen Grund und Boden nicht zur Verfügung stellt. Er hatte keinen Vertrag. Der Fehler liegt bei der Stadt, da ihm beim Verkauf das Überfahrtsrecht nicht gesichert wurde. Diesen Fehler kann man korrigieren, indem man diese Straße in das Eigentum der Stadt zurücknimmt. Für die Garagen und Gebäudevergrößerungen hat er Baugenehmigungen erhalten. Es ist ungerecht, wenn dann die Stadt die Zufahrt zu diesen Garagen verkauft.

Wortmeldung des Bürgers Herrn André Röthel, Sangerhausen, Karl-Liebkecht-Str. 20

Herr Röthel bedankt sich im Namen der Organisatoren bei allen Stadtratsfraktionen, die mit zur Demonstration aufgerufen haben und informiert, dass die Veranstaltung wie geplant, friedlich verlaufen ist. Er äußert sich zum Statement des Oberbürgermeisters in der MZ. Der Oberbürgermeister sprach von Demokratie und Toleranz. Welche Toleranz übt er, wenn er Kapuzenträger vom Rest der Bevölkerung ausgrenzt? Was ist das für eine Demokratie, die nicht gezeigt wird, wenn man hinter den Gardinen stehen bleibt und nicht zur Demo erscheint? Mit dieser Demo wurde Demokratie gezeigt. Das Grundrecht wurde wahrgenommen und Toleranz wurde bewiesen, weil alle, die gegen Rechts eintreten bzw. Sangerhausen bunt halten wollen an dieser Demonstration teilnehmen konnten. Daran sollte man sich ein Beispiel nehmen.

Anfrage des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram leitet eine Anfrage von Bürgern aus der Borngasse weiter. An der Borngassenschule im Einfahrtsbereich am Tor ist ein relativ großer und gesunder Baum gefällt worden. Angeblich sollen dort Parkplätze entstehen. Das gehört zum Kreis. Des Weiteren hat er eine Anmerkung zur Ordnung in der Stadt. Am Juttaplatz steht seit etwa 2 Wochen eine braune Biotonne, die wahrscheinlich keinen Eigentümer hat. Die Infotafel zum Juttaplatz ist außerdem halb herausgerissen und steht schief. In Bezug auf die Straßenreinigungspflicht, sollte in der Presse kundgetan werden, dass der Anwohner bis zur Straßenmitte zu fegen hat. Seiner Meinung nach ist laut Straßenreinigungssatzung die Straße bis zur Mitte zu kehren, außer auf Hauptstraßen, wie in der Hüttenstraße, wo es die Straßenkehrmaschine macht. In der Franz-Heymann-Straße war früher eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Seit der Fertigstellung gibt es keine mehr. Warum steht hinter der Linkskurve in Richtung Bahnbrücke bis auf deren Höhe ein 30-er Schild? Auf der Bahnbrücke steht wieder eines mit 50. Wofür soll das 30-er Schild noch nutzen? Vor dem Gefahrenbereich (Schlackenpflaster) steht es nicht? Einleuchtend wäre, wenn das Schild vor der Kurve stehen würde.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger bestätigt, dass das Schild vor die Kurve gehört. Dort stand das Gefahrenstellenschild und das 30-er Schild. Dem Problem der Beschilderung wird nachgegangen. In der Heymann-Straße gab es vorübergehend eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h, bis die Markierung fertig war. Jetzt gibt es eine Begrenzung auf 50 km/h.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann zur Baumfällung in der Borngasse jetzt keine Aussage machen. Er wird eine Klärung veranlassen. Auch mit den Problemen um den Jutta-von-Sangerhausen-Platz wird sich die Verwaltung noch einmal beschäftigen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Thomas Peckruhn, CDU-Fraktion

Herr Peckruhn kommt auf das Problem von Herrn Lothar Müller zurück. Am Montag wurde in der CDU-Fraktionssitzung ein Antwortschreiben beschlossen, sodass sich Herr Müller nicht negiert fühlt. Die Fraktion lädt ihn zu ihrer nächsten Sitzung ein.

Wortmeldung des amtierenden Vorsitzenden Herrn Telle

Herr Telle stellt fest, dass Herr Müller bereits den Saal verlassen hat und dass ihm die Einladung zu übermitteln ist.

17:15 Uhr -Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

7.3 2. Lesung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2011 der Stadt Sangerhausen

Herr Telle gibt bekannt, dass die TOP 7.3 und 7.4 zusammenhängend begründet werden.

17:20 Uhr

Herr Schwarz kommt = 37

Herr Schuster begründet beide Beschlussvorlagen. Unter anderem geht er auf Kritiken und Anregungen aus den Ausschüssen und Fraktionen ein. Neben Anträgen auf 3. Lesung gab es auch positive Hinweise, insbesondere zum Thema Bildungspaket. Die Fraktion DIE LINKE hat den Vorschlag gemacht, darüber nachzudenken, die Essenbezugsschussung in Kindertageseinrichtungen zu thematisieren, da die Bundesregierung das Bildungspaket verabschiedet hat. Nach jetzigem Informationsstand gibt es für die Stadt keinen Handlungsbedarf, da der Träger der Sozialhilfe angesprochen ist. Sollte aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen die Stadt in die Pflicht kommen, müsste ein Nachtragshaushalt beschlossen werden. Am Dienstag wurde für die Jahre 2004 bis 2006 ein Antrag auf Bedarfszuweisung in Höhe von 5.782.965 € gestellt. Die Bearbeitung wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Er ist optimistisch, dass der Stadt eine Bewilligung aus dem Ausgleichsstock in naher Zukunft zusteht.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen ab.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Im Ausschuss wurde der Antrag auf 3. Lesung gestellt, der mehrheitlich mit 5 Nein-Stimmen abgelehnt wurde. Der Beschlussvorlage und somit dem Haushalt in vorliegender Form wurde mehrheitlich zugestimmt.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Im Ausschuss wurde der Antrag auf 3. Lesung gestellt, der mehrheitlich abgelehnt wurde. Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen ab.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen ab.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Im Ausschuss wurde der Antrag auf 3. Lesung gestellt, dem mit 5-Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt wurde. Über den Haushalt wurde demzufolge nicht abgestimmt.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Fischer, Mitglied des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zu.

Herr Schwarz stimmt in Namen der F.D.P.-Fraktion beiden Beschlussvorlagen und damit der Haushaltssatzung und dem Haushaltskonsolidierungskonzept zu.

Frau Töpsch gibt die Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE. ab. Sie würdigt die Arbeit der Verwaltung. Die Stadträte und sachkundigen Einwohner haben, je nach ihren Möglichkeiten versucht, sich konstruktiv in die Erarbeitung von Haushaltsplan und –konsolidierung einzubringen. Trotzdem liegt mit dem Haushaltsplan ein Dokument vor, welches von der Kommunalaufsicht sicher beanstandet werden wird. Es werden mit hoher Wahrscheinlichkeit Auflagen und Anordnungen ergehen, denen die Stadt widersprechen muss und unabhängig davon, ob der Haushalt beschlossen wird oder nicht, wird er wie im vergangenen Jahr, auch 2011 voraussichtlich wieder nicht in Kraft treten. Warum sollte also nicht für die Zukunft überlegt werden, ob sich der ganze Papier-, Zeit- und Beratungsaufwand lohnt oder ob die Einsparung nicht bereits ein Konsolidierungsansatz ist. Wird damit ein Teil kommunaler Selbstverwaltung aufgegeben? Wobei sich die Frage seit Jahren stellt, was kann überhaupt noch kommunal selbst verwaltet werden? Zu nennen ist z.B. die Doppik. Es wurde nicht gefragt, ob sie von der Stadt gewollt ist, aber sie muss sie bezahlen. Was ist mit einer angemessenen wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen, z.B. Solargewinnung und Einspeisung in das Stromnetz auf den ehemals bebauten Flächen, die jetzt brach liegen? Das ist per Gesetz verboten. Es bleibt nur folgendes vom Konsolidierungsprogramm. Aus den Stadtwerken und der Wohnungsbaugesellschaft alles das herauszuholen, was herauszuholen ist und den Bürgern sehr tief in die Tasche zu greifen. In die Ausführungen zur Konsolidierung und in die Abarbeitung der Aufgabenliste, die der Verwaltung übergeben wurde, sind jetzt schon mindestens 260 T€ Mehreinnahmen eingerechnet, als vorweggenommenes Ergebnis der künftigen Beratungen zur Änderung von mindestens 7 kommunalen Satzungen, auf Kosten der Einwohnerinnen und Einwohner. Das wird die Stadt trotzdem nicht aus dem Finanzloch herausholen. Was Bundes- und Landespolitik mit ihrer Gesetzgebung, ihren Finanzströmen und Finanzausgleichen nicht hinbekommt, das kann auf kommunaler Ebene nicht passend gemacht werden. Die Fraktion DIE LINKE. wird mehrheitlich den beiden Dokumenten nicht zustimmen.

Herr Mrozik spricht im Namen der BOS-Fraktion aus der Sicht der Ortschaften. Er kann nicht nachvollziehen, was von der Fraktion DIE LINKE. soeben gesagt wurde. Er weiß, dass die Finanzen knapp sind, aber es gibt Parteien, die im Kreis- und im Landtag vertreten sind, wo die Gesetze gemacht werden. Dort hat man Einfluss. Beim vorliegenden Haushalt bittet er eines zu betrachten. Es betrifft nicht die pflichtigen Aufgaben, wie Kindergärten und Schulen. Was blockiert wird, ist die ganz normale Arbeit in den Ortschaften, wenn der Haushalt, wie im vorigen Jahr nicht beschlossen wird. Die BOS-Fraktion wird dem Haushalt in der vorliegenden Form zustimmen.

Frau Kümmel erklärt, dass der Antrag zur Bezuschussung des Essens in den Kindergärten und Grundschulen, der vor einem Jahr schon einmal gestellt wurde, heute von der Fraktion DIE LINKE. erneuert wird. Sie weist darauf hin, dass ihre Fraktion sehr wohl die prekäre Lage kennt. Es wurde bereits dargestellt, dass der Stadt durch Land und Bund die Hände gebunden sind, über bestimmte Ressourcen zu befinden. Der Antrag soll aus folgendem Grund erneuert werden. Durch das Paket, das der Bund geschnürt hat, wird sich etwas für die Familien tun. Im Kreistag wurde ein ähnlich lautender Antrag gestellt. Die Zinsen, die für den Zukunftsfonds im Juni wirksam werden, sollen dafür genutzt werden. Sie bittet folgenden Antrag als Arbeitsauftrag für die Verwaltung anzunehmen.

Antrag der Fraktion DIE LINKE.

„Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit der Kreisverwaltung zu verständigen, um eine Bezuschussung für die Mittagsversorgung aller Kinder der Stadt Sangerhausen, die eine Kita oder eine Grundschule besuchen, zu realisieren. Für die Stadt würde bei einer Beteiligung von 0,50 € pro Kind und pro Portion, für einen Monat ein Finanzbedarf von ca. 25 T€ wirksam.

Termin: September 2011

Berichterstattung im Rat: Ratssitzung im Mai“

Herr Skrypek trägt die Stellungnahme der CDU-Fraktion vor.

KASSETTENWECHSEL

Alle Fraktionen im Stadtrat haben sich gemeinsam mit der Verwaltung bemüht, die Aufgaben auf das Notwendigste zu beschränken. Es gilt zu sparen, wo immer es möglich ist. Gleichzeitig darf man aber künftige Aufgaben nicht aus den Augen verlieren, um Sangerhausens Zukunft weiterhin zu gestalten, auch bei leeren Kassen. Die Zeit ist kurios, weil im Rahmen des dynamischen wirtschaftlichen Aufschwungs, die öffentlichen Haushalte der Städte und Gemeinden unter Armut und dramatischen Haushaltslöchern leiden. Momentan ist die kommunale Haushaltssituation mittelfristig kaum mehr berechen- oder kalkulierbar. Um bei den vorhandenen Strukturproblemen im Verwaltungshaushalt einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen, wurde im Vorfeld mit dem Konsolidierungsprogramm ein konsequentes Maßnahmenpaket mit Sparzielen und Einnahmeverbesserungen formuliert. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Ausarbeitung der 1.

Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Gerade in einer solchen außergewöhnlichen Haushaltssituation benötigt man zukunftsweisende Finanzpolitik mit Mut und Verantwortung. Die dramatische Finanzlage der Kommunen erfordert ein klares Bekenntnis von Bund und Land für eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Finanzausstattung. Eine Reform der Kommunalfinanzen ist deshalb dringend erforderlich. Solide Finanzen sind wichtig, d.h. stabile und gesunde Finanzen sind ein Garant für Vertrauen. Die CDU-Fraktion steht weiterhin für eine solide und mit Augenmaß betriebene Finanzpolitik. Haushaltskonsolidierung heißt, die Ausgaben zu verringern. Die Fraktion wendet sich strikt dagegen, zur Stabilisierung der Haushaltsfinanzen, immer nur an der Einnahmenschraube zu drehen. Budgetierung der Ämter ist der richtige Weg. Die Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung und stimmt dem Haushalt und dem Haushaltskonsolidierungskonzept zu.

Herr Hüttel verweist auf die Ausgangssituation. Er fragt, was sich seit der letzten Haushaltsberatung geändert hat, außer dem Umstand, dass die Stadt um 3,3 Mio. € ärmer ist, als ein Jahr zuvor, wenn man das Altdefizit abrechnet. Die Stadt befindet sich seit dem Jahr 2001 in der Konsolidierung, bzw. sie hat keinen ausgeglichenen Haushalt mehr, bis auf das eine Jahr, in dem es Entnahmen gab. Das Defizit stieg im vergangenen Jahr um 0,5 Mio. € auf 6,7 Mio. €. Jetzt wird ein Defizit von rund 11 Mio. € geplant. Wo ist da noch eine Zukunft für Sangerhausen zu sehen, bei momentan fast 15 Mio. € Kassenkredit, 29 Mio. € Altschulden und der ständigen Erhöhung der Kreisumlage. Das FAG wurde durch diese Landesregierung beschlossen. Selbst wenn es verändert wird, kann bei der exponierten Stellung des Landkreises, der über seine Position die Kreisumlage setzen kann, damit er seinen Haushalt ausgleicht, keine Verbesserung erreicht werden. Es stehen nicht einmal ein paar Euro zur Verfügung, um das Dach des Jugendklubs zu reparieren. In was für einer Stadt leben wir denn noch? Die freiwilligen Ausgaben werden immer weiter gekürzt. Das trägt seine Fraktion nicht mit.

Herr Kemesies gibt die Stellungnahme der SPD-Fraktion ab. Die Fraktion hofft, dass es heute zur Beschlussfassung des Haushaltes und des Konsolidierungskonzeptes kommt. Er bedankt sich bei der Verwaltung und spricht ein Lob aus. Trotz des Fehlbetrages wird seine Fraktion dem Haushalt zustimmen. Durch Kostenerhöhungen aufgrund vorhandener Gesetzmäßigkeiten und Richtlinien, speziell durch die wieder in diesem Jahr gestiegene Kreisumlage auf insgesamt 10,2 Mio. €, erhöhte Zahlungen an die Kita's in freier Trägerschaft mit rund 1,73 Mio. €, Umlagen an den AZV mit ca. 352 T€, die Kosten zur Einführung der Doppik und durch die sinkenden Einnahmen, ist der strukturelle Fehlbedarf für 2011 von rund 5,882 Mio. € entstanden. Im vergangenen Jahr wurde der Haushalt bis zum III. Quartal abgelehnt, um Zeichen und Signale zu setzen. Insgesamt hat das die Stadt nicht entscheidend weitergebracht. Die Handlungs- und Arbeitsfähigkeit war dadurch stark eingeschränkt. Er hofft, dass die Vorlagen heute beschlossen werden und der Stadt das, was im vorigen Jahr nicht förderlich war, erspart bleibt. Die entscheidenden Einsparpotenziale wurden genutzt und sollten zusätzliche erschlossen werden, kann jederzeit ein Nachtragshaushalt erarbeitet werden. Er kann den Aussagen von Herrn Hüttel, dass sich nichts geändert hat, nicht zustimmen, wenn man den Haushalt im Gesamtkomplex und das Konsolidierungskonzept bis 2017 betrachtet.

Herr Peche trägt die Stellungnahme der B.I.S.-Fraktion vor. Einerseits kann die Fraktion die hervorgehobenen Argumente, die für eine Beschlussfassung sprechen, aber auch die Argumente, die dagegen sprechen, nachvollziehen. Seit Jahren versucht der Stadtrat, bei immer größer werdenden finanziellen Problemen, einen beschlussfähigen Haushalt zu verabschieden. Seit 2001 gibt es keinen ausgeglichenen Haushalt mehr und es wird immer weiter gemacht, wie bisher. Über 10 Mio. € beträgt das Defizit im Verwaltungshaushalt. Die Alarmglocken sind an. Eine Größenordnung von 20 Mio. € soll der Kassenkredit haben, damit die Stadt in der Lage ist, ihre hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen. Freiwillige Aufgaben werden immer weiter minimiert. Im sozialen und kulturellen Bereich bewegen sich die kommunalen Spielräume in den letzten Jahren immer mehr gegen Null. Das führt zu Demokratieabbau. Wenn aus Not nicht Tugend, sondern Normalität wird, sind alle Strategien zur Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung als unrealistisch anzusehen. Wenn die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt in diesem Jahr wieder gering ausfällt, dann liegt es daran, dass alles so weitergemacht wird, wie in den letzten 10 Jahren. Die Alternative dazu, liegt in einer konkreten politischen Entscheidung gegen diese Verschuldung und für den Handlungsspielraum für die kommunale Selbstverwaltung der Stadt. Aufgrund der nicht geringen Anzahl hausgemachter Probleme, die in den Ausschüssen angesprochen und beraten wurden und die sich in einer Vielzahl konkreter Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes wiederfinden, wird das Gesamtproblem nicht gelöst. Mit diesen Vorschlägen wird verdeckt, dass die fortschreitende Verschuldung in Sangerhausen in erster Linie die Folge des Systems der kommunalen Finanzierung ist und nicht der zu teure Grünschnitt oder die Reinigungsarbeiten in Kita's. Wie sagt man es den Bürgern, dass die Stadtkassen leer sind und Jahr für Jahr mehr Geld ausgegeben als eingenommen wird und dass nicht genügend Geld da ist, um gleichzeitig Schulen zu sanieren, Straßen zu erneuern und Jugendarbeit im gewünschten Umfang zu fördern? Wie sollen in den nächsten Jahren die Forderungen des AZV erfüllt werden? Wie wird mit dem technischen Rathaus umgegangen, wenn der Mietvertrag ausläuft? Das Konsolidierungsprogramm bis 2017 wird weiter fortgeschrieben werden, weil so viele andere Aufgaben auf die Stadt zukommen und man nicht weiß, wie mit der kommunalen Selbstverwaltung weiter umgegangen werden soll, wenn immer höhere Einnahmen gefordert werden. Die Finanzausstattung unterliegt dem politischen Willen auf Kreis-, Land- und Bundesebene. Sie entscheiden über Zuweisungen, Fördermittel und was sie als Einnahmen wieder abzweigen können. Die Stadt klagt noch, wegen der Erhöhung der Kreisumlage 2010.

Der Rat hat eine Resolution verfasst. Es ist nichts passiert, außer dass die Kreisumlage schon wieder erhöht wurde, auf über 10 Mio. €, um über 500 T€ innerhalb eines Jahres. Das ist gesetzlich auch noch so gewollt. Die Stadträte haben keinen Einfluss auf die Steuergesetzgebung und überhaupt auf die Gesetzgebung zur Finanzausstattung der Stadt. Das soll nicht heißen, dass der Stadtrat gegen diese Verschuldungspolitik nicht politisch aufbegehren kann. Nach Auffassung seiner Fraktion, ist der Rat das, der jungen Generation, die in der Region bleiben soll, schuldig. Statt dem Haushalt 2011 zuzustimmen und damit weiterhin, die in den Abgrund führende Finanzpolitik gegenüber den Kommunen zu fördern, lehnt die B.I.S.-Fraktion den vorliegenden Entwurf des Haushaltes und das Haushaltskonsolidierungskonzept ab. Er fordert die anderen Fraktionen auf, gemeinsam diesen Schritt zu gehen, um politisch Druck für eine Finanzreform zu machen, die sich an den Bedürfnissen der Stadt orientiert.

Frau Rauhut appelliert an die Stadträte, dem Haushalt zuzustimmen, damit nicht auch noch die letzten Mittel, über die die Stadt verfügen kann, wenn der Haushalt beschlossen wird, vergeben werden. Es ist nicht so, dass kein Geld verfügbar ist. Man sollte sich das nicht entgehen lassen, indem der Haushalt abgelehnt wird.

Herr Polster vermisst im Haushalt die Position Sanierung des hinteren Teils der Hasentorstraße. Er stellt den Antrag, dass diese Position in den Haushalt aufgenommen wird. Er begründet den Antrag wie folgt. Der Geschäftsführer des CJD hatte in einem Gespräch mit Stadträten auf die Notwendigkeit der Sanierung dieses Teils der Straße hingewiesen. Beim CJD handelt es sich um einen der größten Arbeitgeber der Stadt, der ca. 700 bedürftigen Personen Hilfestellungen in allen Lebenslagen gibt. Diese Personen müssen transportiert werden. Laut Aussage des Geschäftsführers muss es bereits mehrere Gespräche mit dem Oberbürgermeister gegeben haben. Der Bauhof muss auch schon mehrere Varianten von Kostenkalkulierungen erstellt haben. Es wurde von 70 T€ gesprochen, die die gesamte Sanierung dieser Teilfläche der Straße kosten würde. Aufgrund der Gesamtvolumen, die in diesem Haushalt zu bewerkstelligen sind, ist dieser Betrag von 70 T€ sicherlich ein sehr wichtiger Faktor, um Hilfestellung an dieser Stelle zu leisten. Er bittet diesem Antrag zuzustimmen.

Herr Skrypek fragt, ob er davon ausgehen kann, dass dem Haushalt zugestimmt wird, wenn die Maßnahme in den Haushaltsplan aufgenommen wird. Es soll ja eine Maßnahme durchgeführt werden, die innerhalb eines Haushaltes stattfinden sollte.

Herr Polster ist von einer 3. Lesung ausgegangen, weil in sämtlichen Ausschüssen die Tendenz dahin gegangen ist. Er hätte im nächsten Ausschuss dieses Thema angesprochen. Seine Gesamtauffassung zum Haushalt ist negativ aber die Position ist so wichtig, dass sie in den Haushalt 2011 integriert werden sollte, um diese Maßnahme durchzuführen. Die Verschlechterung dieser Teilstraße ist zusehends. Vor einiger Zeit wurde der Fußweg saniert. Das CJD hat Eigenleistungen erbracht und die Grünflächen am Fußweg werden ebenfalls in eigener Regie gepflegt. Dadurch bleiben der Stadt Kosten erspart.

Herr Poschmann bestätigt, dass es seit mehreren Jahren mit dem CJD Gespräche zum Thema gibt. Der erste Schritt war dabei die Sanierung des Gehweges. Im hinteren Bereich wurden Schwellen angelegt. Es geht um eine Verbesserung und somit um eine Maßnahme des Verwaltungshaushaltes. Sollte es eine straßenausbaupflichtige Maßnahme werden, könnten Probleme entstehen, die Kosten auf viele Grundstückseigentümer umzulegen, die sicher ein sehr geringes Interesse daran haben. Ein Großteil des Budgets in der Straßenunterhaltung würde für diese Maßnahme benötigt. Im Bauausschuss sollte darüber noch einmal diskutiert werden. Wenn die Prioritäten dahin gelenkt werden könnten, wäre das auch in seinem Interesse. Vom Land wurde nach den akuten Winterschäden gefragt. Ob Geld kommt, ist noch nicht klar. Dem Antrag kann er jetzt, in dieser Form, für den Haushalt nicht zustimmen, da es keine Deckung gibt. Er dankt dem Rat für die gute Zusammenarbeit. Aus prinzipiellen politischen Erwägungen den Haushalt abzulehnen, bringt keine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung mit sich. Er akzeptiert die Meinung derer, die Schwierigkeiten mit der Finanzierung kommunaler Haushalte haben und wirbt trotzdem für Zustimmung. Nicht nur weil eine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht, sondern weil er der Auffassung ist, dass die Stadt trotz Mangel noch gestalten kann, sowohl im Verwaltungshaushalt, als auch im Vermögenshaushalt. Mit einem beschlossenen Haushalt können begonnene Maßnahmen fortgeführt werden und im Rahmen der Gefahrenabwehr, im Rahmen der Unaufschiebbarkeit der Leistungen gibt es ein mit dem Rat abgestimmtes Budget. Was den Vermögenshaushalt betrifft, so gibt es allgemeine Zuweisungen von rund 1,7 Mio. €, die mit Fördermitteln aufgestockt werden sollen, um begonnene Maßnahmen fortzuführen. Das wird nicht geschafft, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird. Aus Sicht der Verwaltung ist dieser genehmigungsfähig, weil ein Konsolidierungskonzept vorgelegt wird, das im Jahr 2017 kein neues Defizit aufweist. Herr Poschmann spricht gegen den Antrag von Frau Kümmel. Der Verwaltungsauftrag nützt im Moment nichts. Das Bildungspaket, das im Moment im Gesetzgebungsverfahren durch ist, birgt noch viele ungeklärte Sachen.

KASSETTENWECHSEL

Letzten Endes wird die kommunale Familie das Prozedere tragen. Er lehnt den Antrag nicht ab, aber er plädiert dafür, das Thema in die Aprilsitzung zu verschieben, da dann sicher mehr Informationen vorliegen. Es ist damit zu

rechnen, dass der Beschluss beanstandet werden würde, denn zusätzliche Aufgaben dürfen noch nicht aufgenommen werden.

Frau Kümmel wird als Einbringer diesem Vorschlag folgen. Sie möchte eine Protokollnotiz darüber, dass der Antrag eingebracht wurde und dass im April das Thema erneut auf die Tagesordnung kommt.

Herr Peche bestätigt, dass man merkt, dass Pro und Kontra geredet wird und sich 2 verschiedene Lager gebildet haben. Er bittet darum, dass das eine Lager Verständnis für die Situation und das Gedankenspiel des anderen hat. Es gibt von beiden Seiten gute Argumente. Es sollte daran gedacht werden, dass die Demokratie immer mehr verloren geht. Deshalb kann seine Fraktion nicht zustimmen. Zur Zeit kann man nur punktuell Löcher stopfen und versuchen, für das eine oder andere Problem eine Lösung zu finden. Es werden aber keine strukturellen Verbesserungen herbeigeführt. Über Fördermittel wird von übergeordneten Fördermittelgebern nach dem Gießkannenprinzip entschieden und nicht nach dem Bedarf der Kommunen.

Herr Mrozik stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Aussprache zu schließen.

Herr Telle stellt fest, dass es zum Antrag keine Wortmeldungen gibt und lässt abstimmen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich bestätigt.

Herr Polster schließt aus den Ausführungen des Oberbürgermeisters, dass die Sanierung des hinteren Teils der Hasentorstraße auf die Prioritätenliste kommt und in der nächsten Zeit abgearbeitet wird. An der Reaktion von Herrn Schweiger (Kopfschütteln) erkennt er, dass das nicht der Fall sein wird. Deshalb hält er seinen Antrag aufrecht und möchte eine Abstimmung.

Herr Poschmann erklärt, dass er nicht gesagt hat, dass die Maßnahme auf die Prioritätenliste gesetzt wird, sondern dass sie bei der Verteilung des Budgets berücksichtigt wird. Im Haushalt sind 210 T€ für die Straßensanierung eingestellt. Wenn heute auf eine Abstimmung bestanden wird, könnte das lediglich ein Hinweis darauf sein, dass die Maßnahme Berücksichtigung findet. Es könnte eine Ablehnung geben, ohne eine Verständigung über die anderen Aufgaben. In den Fachausschüssen sollte darüber diskutiert werden.

Herr Skrypek schlägt eine Verweisung in den Fachausschuss vor, mit der Maßgabe das Problem zu prüfen.

Herr Polster würde es begrüßen, wenn jedes Stadtratsmitglied und die Verwaltung sich der Problematik annehmen und wenn in den Fachausschüssen nochmals über das Budget der Straßensanierung intensiver nachgedacht wird. Er verweist darauf, dass der VfB von der Stadt 270 T€ im Jahr erhält und redet von einem Missverhältnis bestimmter Positionen. Er zieht den Antrag zurück, damit dieser in Zukunft positiv seinen Weg findet.

Frau Liesong stellt den Antrag auf 3. Lesung des Haushaltes.

Abstimmung über den Antrag auf 3. Lesung des Haushaltes

Ja-Stimmen = 8
Nein-Stimmen = 24
Stimmenenthaltungen = 5

Damit ist der Antrag auf 3. Lesung mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach 2. Lesung die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011.

Haushaltssatzung 2011

Auf Grund des § 158 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt hat der Stadtrat in der Sitzung am 10.03.2011 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen:

1. Haushaltssatzung

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	35.671.400 €
	in der Ausgabe auf	46.666.000 €
mit einem Defizit von		10.994.600 €
und im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	25.022.000 €
	in der Ausgabe auf	25.022.000 €
mit einem Defizit von		0 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Jahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 20.000.000 € festgesetzt.

§ 5

I. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für das Gebiet der Stadt Sangerhausen (Gemarkungsgrenze bis 30.09.2005) wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	400 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	350 v. H.

II. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Breitenbach wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	300 v. H.

III. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Gonna wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	300 v. H.

IV. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Grillenberg wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	350 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	350 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	300 v. H.

V. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Großleinungen wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	500 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	350 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	350 v. H.

VI. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Horla wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	300 v. H.

VII. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Lengefeld mit Ortsteil Meuserlengefeld wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	300 v. H.

VIII. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Morungen wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	400 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	400 v. H.

IX. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Oberröblingen wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	200 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	300 v. H.

X. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Obersdorf wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer	300 v. H.

XI. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Riestedt wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 315 v. H.
2. für die Gewerbesteuer 350 v. H.

XII. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Rotha mit Ortsteil Passbruch wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer 300 v. H.

XIII. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Wettelrode wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer 300 v. H.

XIV. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Wolfsberg wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 300 v. H.
2. für die Gewerbesteuer 300 v. H.

XV. Die Hebesätze für die Grundsteuern und für die Gewerbesteuern sind gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 16.12.2010 Beschlussnummer 2-15/10 für die Ortschaft Wippra wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 260 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 350 v. H.
2. für die Gewerbesteuer 300 v. H.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Sinne des § 162 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt sind erheblich, wenn sie im Einzelfall folgende Wertgrenzen übersteigen:

- a) Über über- und außerplanmäßige Ausgaben beschließt der Stadtrat nur, wenn sie den Betrag von 25.000,00 € übersteigen.
b) Der Hauptausschuss beschließt über über- und außerplanmäßige Ausgaben, wenn sie den Wert von 10.000,00 € übersteigen bis zu einem Wert von 25.000,00 €.
c) Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis 10.000,00 € wird auf den Oberbürgermeister übertragen.

Sangerhausen, Siegel
Ralf Poschmann
Oberbürgermeister

1.2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2011

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Der Haushaltsplan liegt nach § 94 Abs. 3 i.V.m. § 155 GO LSA vom 2011 bis zum 2011 zur
Einsichtnahme im Rathaus Markt 7a, Zimmer 219 und 220 öffentlich aus.

Beschluss - Nr.: /11

Inkrafttreten: Am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung.

Sangerhausen,

.....
Ralf Poschmann
Oberbürgermeister

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 22
Nein-Stimmen = 15
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-17/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

7.4 2. Lesung und Beschlussfassung der 1. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2017

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen ab.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen ab.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss lehnte die Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen ab.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Im Ausschuss wurde der Antrag auf 3. Lesung gestellt, dem mit 3-Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt wurde.

Frau Liesong stellt den Antrag auf 3. Lesung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Fischer, Mitglied des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zu.

Abstimmung über den Antrag auf 3. Lesung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes

Ja-Stimmen = 5
Nein-Stimmen = 26
Stimmenenthaltungen = 6

Damit ist der Antrag auf 3. Lesung mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte 1. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2017.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 22
Nein-Stimmen = 15
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-17/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

18:25 Uhr
Frau Scheffel geht = 36

7.5 Verlängerung der örtlichen Bauvorschrift über die besonderen Anforderungen an die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen in der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen (Gestaltungssatzung) - 2. Lesung und Beschlussfassung

Herr Schweiger begründet die Beschlussvorlage und wird als Einbringer der Satzung folgenden Hinweis aus dem Sanierungsausschuss übernehmen. Statt "Gestaltung von baulichen Anlagen in der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen" soll es jetzt auf dem Deckblatt und im Beschlusstext heißen "Gestaltung von baulichen Anlagen in der Kernstadt der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen". Damit soll deutlich gemacht werden, dass es 2 Sanierungsgebiete gibt, nämlich das in der Kernstadt und das in Wippra.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu, mit der Maßgabe, dass o.g. Änderung übernommen wird.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Weitergeltung der örtlichen Bauvorschrift über die besonderen Anforderungen an die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen in der Kernstadt der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen (Gestaltungssatzung) für 5 Jahre.

Der Stadtrat stimmt den redaktionellen Änderungen in der Präambel und in den §§ 2, 18, 19 und 20 sowie im Straßenverzeichnis der Gestaltungssatzung (gemäß Anlagen zum Beschluss) zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 36
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-17/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

7.6 Beschluss zur Aufstellung einer Werbeanlagensatzung für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet "Kernstadt Sangerhausen"

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Herr Sell macht darauf aufmerksam, dass es bereits eine Werbeanlagensatzung gibt. Deshalb sollte nicht die "Aufstellung", sondern die "Überarbeitung" der Werbeanlagensatzung beschlossen werden oder es müsste im Beschlusstext stehen "Aufstellung einer neuen Werbeanlagensatzung".

Herr Schweiger sieht kein Problem darin, die Änderung zu übernehmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung einer neuen Werbeanlagensatzung für den Geltungsbereich des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes Sangerhausen Kernstadt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 36
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-17/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.7 Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Industriepark Südharz - 1. Bauabschnitt" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Fischer, Mitglied des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung und Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 26 "Industriepark Südharz - 1. Bauabschnitt" der Stadt Sangerhausen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung wird für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt, gleichzeitig werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 36
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-17/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.8 2. Lesung und Beschlussfassung - Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Sangerhausen gemäß § 170 Abs. 3 GO LSA für das Haushaltsjahr 2008

Begründung: Frau Bonk

Herr Hüttel fragt, wie es sein kann, dass Minderausgaben, die im Bauamt erzielt wurden, für andere Dinge, die möglicherweise nicht vom Rat beschlossen wurden, im Bauamt verbleiben können. Wie wird das in der Zukunft gehandhabt?

Herr Poschmann erklärt, dass sich die Minderausgaben, die konsolidierungswirksam sind, in der Regel auf die Aussagen über den Verwaltungshaushalt beziehen. Die Maßnahmen sind hauptsächlich aus dem Vermögenshaushalt. Es wurden nie neue Maßnahmen damit begonnen, sondern es wurden immer nur die, die schwierig in der Ausfinanzierung waren, komplett gemacht. Das kann unter Umständen sogar als Haushaltskonsolidierung verstanden werden.

Herr Schweiger ergänzt. Es gab keine Maßnahmen, für die keine Beschlüsse gefasst wurden. Teilweise werden, wegen Geldmangel, bei den Baumaßnahmen solche Standards angesetzt, die nicht mehr zeitgemäß sind. Er erklärt am Beispiel Betonfußboden in der Feuerwehr, dass erst einmal die zusätzliche Beschichtung (rutschfeste Oberfläche) herausgenommen wurde, um mit den Finanzen hinzukommen. Mittlerweile sind die Haushaltsansätze an einem so engen Limit angekommen, dass es nicht möglich ist, alle Lose auf einmal auszuschreiben.

KASSETTENWECHSEL

Er ist gern bereit im Detail noch einmal darauf einzugehen. In Summe kann man feststellen, dass damit ordentlich umgegangen wird. Ein Problem ist, dass immer nur einzelne Lose gesehen werden. In dem einen Gewerk gibt es Mehr- und in einem anderen Minderausgaben. Wichtig ist die Einhaltung des Budgets, dass mit dem Rat abgestimmt ist und vorgegeben wurde.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat erteilt aufgrund des festgestellten und geprüften Ergebnisses der Jahresrechnung 2008 für die Stadt Sangerhausen dem Oberbürgermeister die Entlastung gemäß § 170 Abs. 3 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	29
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	7

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-17/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

7.9 Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF - Vergabeordnung - 1. Lesung

Frau Bonk begründet die Beschlussvorlage und gibt bekannt, dass eine verwaltungsinterne Beratung für die Fraktionen am 22. März 2011 stattfindet, in deren Folge alle Änderungswünsche und Vorschläge aus den Fraktionen in die Vergaberichtlinie eingearbeitet werden.

7.10 Änderung/Ausnahmeregelung zur Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung- befristet bis zum 31.12.2011 - 1. Lesung

Begründung: Frau Bonk

7.11 Neugründung der Sangerhäuser Erneuerbare Energie Service Gesellschaft mbH - SEES

Dazu wurde heute die aktualisierte Anlage der Beschlussvorlage verteilt.

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Fischer, Mitglied des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

- 1. Der Stadtrat nimmt den in der Anlage beigefügten Bericht über die Analyse nach § 123 GO LSA zur Kenntnis. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die diesem Bericht als Anlage beigefügten Verträge abzuschließen bzw. diesen in der Gesellschafterversammlung zuzustimmen.*
- 2. Das Stammkapital und die Kapitalrücklage soll von der KBS eingebracht werden.*
- 3. Der Oberbürgermeister wird hinsichtlich aller Erklärungen, die zur Gründung der SEES GmbH abzugeben sind, von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-17/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

19:28 Uhr
Frau Hampel geht = 35

7.12 Grundsatzbeschluss zur Unterstützung der Errichtung einer Biogasanlage im Ortsteil Breitenbach

Frau Franke begründet die Beschlussvorlage und bittet den 2. Teil des Beschlusstextes zu streichen, damit nicht der Eindruck erweckt wird, dass der Haushalt der Stadt Sangerhausen in Anspruch genommen wird.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Fischer, Mitglied des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der Ortschaftsrat Breitenbach stimmte der Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Herr Peche versteht nicht, warum der 2. Teil des Beschlusstextes gestrichen werden sollte. Wenn die Stadt verwaltungstechnisch diesen Beschluss unterstützt und dort mitarbeitet, entstehen dann keine Kosten?

Herr Poschmann erklärt, dass es sich um ein Projekt handelt, in das die Verwaltung eingebunden ist und wodurch natürlich auch Verwaltungskosten entstehen, denn es wird mit dem Vorhabenträger zusammengearbeitet. Das sind verwaltungsinterne Kosten, die gegenüber Dritten nicht übernommen werden und die, wie bei jedem Bauantrag anfallen. In diesem Fall kommen Aufgaben auf die Verwaltung zu, die in dieser Form mit einer Genossenschaft in einem Ortsteil noch nicht stattgefunden haben. Die Unterstützung von Seiten der Verwaltung ist auf jedem Fall gegeben. Das ist eine pflichtige Aufgabe. Die Formulierung im 2. Teil des Beschlusstextes kann so verstanden werden, dass der Stadtrat bereits die Absolution über alles erteilt. Das sollte so nicht sein. Das wird schrittweise aufgebaut und wenn die nächsten Erkenntnisse vorliegen, wird die Verwaltung an den Stadtrat herantreten.

Herr Peche macht darauf aufmerksam, dass infolge der Bearbeitung eines Bauantrages Gebühren entstehen und deswegen kann nicht stehenbleiben, dass es keine finanziellen Auswirkungen geben wird. Er erinnert an die 87 T€ für das Straßenrennen, das vorher auch nichts kosten sollte. Das ist ein Thema, welches noch nicht abgeschlossen ist.

Herr Sell sieht in der Vorlage keine Beschluss-, sondern eine Informationsvorlage. Er würde den Beschlusstext an die Begründung anhängen. So könnte der Inhalt zur Kenntnis genommen werden und die Verwaltung würde genau wie bei einer Beschlussvorlage, hinter der Sache stehen.

Herr Windolph möchte sachinhaltliche Hinweise geben. Die Biogasanlage wird auf privatem Grundstück, ohne Beteiligung der Stadt errichtet. Es geht um folgendes. Die Wärme, die dort entsteht, muss über die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in Rohrleitungen zu den privaten Grundstücken und Wohnhäusern geleitet werden. Das stellt die finanzierenden Banken vor die Frage, ob die baulasttragende Stadt Sangerhausen dem grundsätzlich vorher zustimmt, bevor Kredite bewilligt werden. Das ist der Hintergrund, weshalb die Stadt als Eigentümer dieser Straßen, Wege und Plätze gefragt ist, ob sie eine grundsätzliche Zustimmung erteilt, dass ein privates Wärmeversorgungsnetz verlegt werden kann. Deshalb diese Beschlussfassung, ohne im Moment hier eine finanzielle Beteiligung zu sehen. D.h., alle Kosten, die mit der Errichtung, dem Betrieb, der Versicherung usw. zusammenhängen, sind nicht von der Kommune, sondern von den Eigentümern dieser Genossenschaft zu tragen.

Herr Skrypek ist der Auffassung, dass die Beschlussvorlage ein Zeichen setzen soll. Es geht darum regenerative Energien künftig ordentlich zu nutzen. Das Signal muss nach außen getragen werden, um andere dazu zu ermutigen, diesen Weg zu gehen.

Herr Poschmann bestätigt die Richtigkeit der Aussagen von Herrn Windolph. Diese Phase ist aber noch nicht erreicht. Das ist einer der nächsten Schritte. Bis dahin hat die Verwaltung mit dem Betreiber zusammenzuarbeiten. Die Genossenschaft hat darum gebeten, dass die Stadt (Verwaltung und Stadtrat) eine Absichtserklärung abgibt, weil man möchte, dass es durch Beschluss untersetzt ist.

Herr Peche verweist auf die Haushaltssituation und darauf, dass in der Beschlussvorlage steht, dass es keine finanziellen Auswirkungen geben wird. Das ist nach Auffassung der B.I.S.-Fraktion nicht richtig. Es werden

Verwaltungsgebühren und Personalkosten verursacht. 33 Prozent des Haushaltes sind Lohnkosten und wenn die Mitarbeiter am Projekt arbeiten, soll das auch dementsprechend aufgeführt werden.

Herr Kotzur sieht das nicht ganz so. Das Projekt, bei dem sich die Bürger von Breitenbach zu einer Genossenschaft zusammenschließen, ist unter anderem in das große Projekt Demografischer Wandel eingebettet. Bürger bilden eine Genossenschaft und damit eine Institution, die, wie jede andere Firma, Bauanträge usw. an die Stadtverwaltung stellt und demzufolge auch die Gebühren laut Gebührensatzungen für die Bearbeitung zahlt. Wenn dort stehen würde, die Verwaltungsakte sind kostenlos für die Genossenschaft, dann hätten wir finanzielle Auswirkungen. Aus dieser Sicht ist es auch richtig, den Halbsatz zu streichen. Die Initiative in Breitenbach sollte nicht blockiert werden.

Herr Poschmann erklärt folgendes. Wenn finanzielle Auswirkungen in einer Vorlage aufgeführt sind, dann immer dann, wenn ein Haushaltsansatz da ist. Es wurden nie Verwaltungsleistungen selbst bewertet. Es gehört dazu, wenn ein Investor kommt und möchte z.B. eine Unterstützung in Richtung Fördermittelerarbeitung, -akquise oder Kontaktherstellung. Das ist allgemeines Verwaltungshandeln und aus dem Steueraufkommen zu erfüllen. Vielleicht sollte sich noch einmal im Hauptausschuss darüber verständigt werden, wie diese Vorlagen gemeint sind.

Herr Peche betont, dass er nicht gesagt hat, dass Verwaltungshandeln in Geld umgesetzt und dort ausgedrückt werden soll. Es wurde nur gesagt, dass es finanzielle Auswirkungen gibt und dass in der Vorlage ein "Ja" stehen müsste, wenn es ehrlich zugeht.

Herr Poschmann hat das Anliegen von Herrn Peche schon richtig verstanden. Der Begriff "Finanzielle Auswirkungen" wurde wahrscheinlich bisher unterschiedlich aufgefasst. Natürlich kosten Verwaltungsleistungen auch Geld. Er schlägt vor, folgende Aussage im Protokoll für die Vorlage festzuhalten. "Verwaltungsleistungen werden erbracht, die Geld kosten." Im Hauptausschuss muss darüber geredet werden, wie man das künftig gestaltet.

Herr Telle bittet darum, die Aussage in der Niederschrift festzuhalten.

Beschlusstext:

Der Stadtrat befürwortet die Aktivitäten der Genossenschaft "Bioenergiedorf Breitenbach eG".

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 34
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-17/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

19:34 Uhr
Frau Hampel kommt = 36

7.13 Änderung der Satzung über die Gebühren zur Benutzung der kommunalen Bäder

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Die Ortschaftsräte von

- **Grillenber** stimmten mit 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu,

- **Wettelrode** lehnten einstimmig ab, mit der Begründung, dass die Verhältnismäßigkeit zu anderen Bädern nicht gegeben ist,
- **Wippra** stimmten einstimmig zu und
- **Wolfsberg** stimmten nur unter der Maßgabe einstimmig zu, dass der Preis der Saisonkarte nicht steigt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über die Gebühren zur Benutzung der kommunalen Bäder.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 32
 Nein-Stimmen = 0
 Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 11-17/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

7.14 Partnerschaftliche Beziehungen nach Chelmza/ Polen

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

19:37 Uhr
 Frau Olschak geht = 35

Frau Liesong erinnert daran, dass sie in der letzten Ratssitzung darum gebeten hatte, Kontakt zum Juttaverein aufzunehmen, wegen dem Juttaplatz und dessen Pflege.

Herr Hüttel macht darauf aufmerksam, dass es bei dieser Vorlage nicht nur um Verwaltungsleistungen geht. Hier muss stehen: "Finanzielle Auswirkungen gedeckt in Haushaltsstelle"

Herr Poschmann hat momentan die Nummer der Haushaltsstelle nicht parat. Die Finanzierung erfolgt aus der Haushaltsstelle Städtepartnerschaften.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird vom Stadtrat ermächtigt, den Kontakt mit der Stadt und Gemeinde Chelmza in Polen aufzunehmen und auf Grundlage der gemeinsamen historischen Verbundenheit und Tradition zukünftig zu pflegen. Zur Kontaktpflege gehört unter anderem die Organisation von Begegnungen und gemeinsamen Veranstaltungen von Bürgern, Vereinen, Firmen und anderen Institutionen mit Chelmza, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Jutta von Sangerhausen sowie dem eingetragenen Verein "Jutta von Sangerhausen".

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 32
 Nein-Stimmen = 1
 Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 12-17/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

19:39 Uhr
Frau Olschak kommt = 36

8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

8.1 Aufnahme eines Kommunaldarlehens

8.2 Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (Doppik) in der Stadt Sangerhausen zum 01.01.2013

19:44 Uhr
Herr Polster geht = 35

Herr Hüttel spricht an, dass die Ausschüsse über die Doppik diskutiert haben. Er wundert sich, dass aus der Beschlussvorlage eine Informationsvorlage geworden ist. Er hatte den Eindruck, dass die Mehrheit der Stadträte die Doppik nicht einführen will. Warum sollten nicht die, die letztendlich bezahlen müssen, auch darüber entscheiden, ob es gewollt ist oder nicht? Sollte die Doppik eingeführt werden, ist das Haushaltskonsolidierungskonzept spätestens ab 2013 Makulatur. Es wäre besser, darüber abzustimmen.

Herr Poschmann erklärt, dass mit der Beschlussvorlage erreicht werden sollte, die Doppik zum letztmöglichen Termin, der gesetzlich vorgegeben ist, in Sangerhausen einzuführen. Als eine Gegenwehr bemerkt wurde, hat die Verwaltung eine Informationsvorlage daraus gemacht. Sollte nämlich die Beschlussvorlage abgelehnt werden, müsste er in Widerspruch gehen. Die Stadt Sangerhausen kann die Einführung nicht verhindern, da sie gesetzlich vorgeschrieben ist.

Herr Skrypek weist darauf hin, dass es sich um eine Landesgesetzgebung handelt. Das Land Sachsen-Anhalt hat sich festgelegt, auch was die Aus- und Weiterbildung betrifft. Sangerhausen muss sich anpassen. Das sollte akzeptiert werden, sonst muss die Gesetzeslage geändert und alles wieder rückgängig gemacht werden. Das führt zu einem Aufschrei der Kommunen, die die Doppik bereits eingeführt haben.

Herr Mrozik fragt, aus welchem Grund ein Stadtrat etwas beschließen soll, das sowieso gesetzlich vorgegeben ist. Eine Ablehnung würde nichts bringen.

Herr Hüttel macht seine Art von Demokratiedenken deutlich. Die Leute an der Basis befördern ihre Meinung von unten nach oben. Schlechte Gesetze müssen verändert werden. Dazu muss Druck von unten kommen.

Herr Fischer liest einen Satz aus der Informationsvorlage vor. "Erreicht werden soll mit dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen, dass der gesamte Ressourcenverbrauch eines Haushaltsjahres durch Erträge desselben Jahres gedeckt wird, um nachfolgende Generationen nicht zu belasten." Er fragt, ob das vorstellbar ist.

Herr Poschmann bestätigt, dass die Einführung der Doppik leichter wäre, wenn es keine Haushaltsdefizite geben würde. Irgendwann muss man akzeptieren. Es gibt aber auch Vorteile des Ganzen. Das große Problem ist die Transparenz. In der Verwaltung ist sie hervorragend aber die Kommunikation in den Gremien wird sich erschweren. Er weist darauf hin, dass unter TOP 2, der geänderten Tagesordnung und somit auch der Umwandlung der Beschlussvorlage in eine Informationsvorlage einstimmig zugestimmt wurde.

Herr Kotzur hätte erwartet, dass das Land, das die Doppik vorschreibt, sie selbst einführt. Das wäre überschaubar und gerecht, gegenüber den Kommunen. Es kommt ein schwieriger und längerdauernder Gewöhnungsprozess auf die Stadträte zu. Am Beispiel einer Schule zeigt er auf, dass die hohen Abschreibungen, die Stadt in der Konsolidierung enorm belasten werden.

19:55 Uhr
Frau Block geht = 34

9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

-
-
-

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Telle stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt den im nichtöffentlichen Teil unter TOP 9.1 gefassten Beschluss mit der Nummer 13-17/11 bekannt.

Um 20:15 Uhr beendet der amtierende Stadtratsvorsitzende Herr Telle die Sitzung.

Simone Jung
Protokollführerin

Jürgen Telle
2. Stellvertreter des Vorsitzenden